

## HIV-Test

In einigen Bundesstaaten Malaysias soll ein HIV-Test vor der Hochzeit muslimischer Paare verbindlich werden. Administrative Angelegenheiten und Maßnahmen, wie die Kostenübernahme und die Überprüfung der Vertrauenswürdigkeit der betroffenen Paare, müssen aber noch ausgearbeitet werden, so ein Sprecher. Mit dieser Maßnahme soll die zunehmende Ausbreitung des HIV-Virus unterbunden werden und sichergestellt werden, dass gesunde Kinder zur Welt kommen. Erfolgreich umgesetzt wurde dieses Konzept bereits vor einigen Jahren im Bundesstaat Johor.

vgl.: The Star 12.2., 14.2.2005

## Vorsitzende am Obersten Gericht

Malaysia hat zum ersten Mal eine Frau zur Vorsitzenden des Obersten Gerichts ernannt. Die 65-jährige Siti Norma Yaakob wurde am 8. Februar 2005 in der administrativen Hauptstadt Putrajaya vereidigt. Die Stelle war nach der Pensionierung des früheren Vorsitzenden Haidar Mohamed Noor im November für drei Monate vakant. Für Siti Norma ist dies die Krönung einer beachtlichen Karriere in ihrem Juristen-Dasein. Zunächst wurde sie 1990 als einzige Frau zur Richterin am Obersten Gerichtshof berufen und 1994 zum Revisionsgericht geholt. Im Jahr 2001 wechselte sie schließlich zum Bundesgerichtshof – auch hier als erste Frau überhaupt.

Nach ihrer Vereidigung erklärte Siti Norma, sie wolle als erste Amtshandlung den Problemen innerhalb des juristischen Systems »auf den Grund gehen« und sie beheben. Die Berufung Siti Normas wurde von allen Seiten mit Begeisterung aufgenommen.

vgl.: The Star 9.2., 11.2. 2005; AFP 8.2.2005

## Migranten-Ausweisung

Die Regierung Malaysias hat illegal eingewanderte Arbeiter gewarnt, dass sie bis Ende Januar 2005 das Land verlassen haben sollten, da sie ansonsten mit Prügel-, Geld- und Gefängnisstrafen rechnen müssten. Aufgrund des Tsunamis Ende Dezember 2004 wurde den insgesamt über eine Million illegalen Migranten, die überwiegend aus Indonesien stammen, eine straffreie Ausreise gewährt. Die Frist für die Ausweisung der illegalen Migranten wurde auf Anfrage Indonesiens zweimal verlängert, da es dort wegen der Ausmaße der Flutkatastrophe keinen Plan gibt, wie mit den Rückkehrern vorzugehen ist. Da jedoch kein Ende bei der Problembewältigung in der Flutregion Aceh abzusehen ist, hat Malaysia signalisiert, dass es nicht mehr länger mit der Ausweisung warten will. Der Hauptgrund für die Ausweisung sei die ihnen zugeordnete gestiegene Kriminalitätsrate

und landesweiter Unmut über die steigende Anzahl von illegalen Arbeitern. Beschlossen wurde die Ausweisung bereits Ende Oktober 2004. In den ersten drei Monaten haben schon mehr als 400.000 Menschen straffrei das Land verlassen. Trotz der harten Strafandrohung ist der Rest aber aufgrund der demotivierenden Aussicht in den Heimatländern dageblieben. Nicht immer greifen die malaysischen Behörden, auf Anweisung des Präsidenten, hart zu. Oft lassen sie sich auch von den illegalen Migranten schmieren oder beuten sie schamlos aus. Ab dem ersten März 2005 soll es aber keine Milde gegenüber den Migranten mehr geben und harte Strafen ausgeteilt werden, so Badawi nach einem Gespräch mit dem indonesischen Präsidenten Yudhoyono. Für dieses harte Vorgehen werden mehr als eine halbe Million offizielle und zivile Sicherheitskräfte landesweit ein-

# nachrichten

gesetzt. Menschenrechtsorganisationen kritisieren diese Aktion scharf.

Badawi versprach aber, dass alle bis dahin ausgewiesenen Illegalen gerne wieder in Malaysia arbeiten dürften, sobald sie offiziell einreisen und die entsprechenden Dokumente erhalten würden. Nur diejenigen, die sich nach dem ersten März immer noch illegal im Land aufhalten und erwischt werden, dürften nie wieder einreisen.

vgl.: BBC 21.1., 2.1.05; AFP 13.2., 14.2.05; The Star 13.2.05

## Verlorene Stadt

Ein großer Streit ist unter Experten ausgebrochen, ob möglicherweise die verlorene Stadt Kota Gelanggi gefunden wurde. Der unabhängige Forscher Raimy Che-Ross, der zwölf Jahre lang zu diesem Thema recherchiert hat, behauptet nun, er habe die 1000 Jahre alte Stadt, die möglicherweise älter als Angkor Wat in Kambodscha oder Borobudur in Indonesien ist, im dichten Urwald von Johor gefunden.

Das würde die Geschichte Malaysias erheblich verändern, denn dann könne die Zeit der Malacca-Sultanate nicht mehr als Anfang der modernen malaysischen Geschichte gesehen werden, so Raimy.

Kritiker behaupten jedoch, dass Kota Gelanggi niemals in Johor lag, sondern in Pahang, und dass Raimy allenfalls eine andere vergessene Stadt gefunden habe. Das Thema, dass auch international auf

großes Interesse gestoßen ist, hat bei der Regierung höchste Priorität und sie will dem nun auf den Grund gehen. Deswegen wurden führende Archäologen zu einer Diskussionsrunde eingeladen, und möglicherweise schickt die Regierung eine Experten-Kommission zur besagten Fundstelle.

vgl.: The Star 3.2.-14.2.2005; Bernama 7.2.2005; ANN 8.2.2005

## Muslimischer Separatist gefasst

Ein in Thailand gesuchter muslimischer Separatist ist in Malaysia gefangen genommen worden und solle laut thailändischem Premier Thaksin Shinawatra bald ausgeliefert werden. Der Gefangene, der unter mehreren Namen aktenkundlich bekannt ist, war der Kopf einer Bande bei einem Waffendepot-Überfall im Januar 2004, der die Unruhen in Thailands muslimisch gepräg-

tem Süden hervorgerufen hat. Insgesamt sind diesen Unruhen bisher 570 Menschen zum Opfer gefallen. Malaysia plant allerdings keine Auslieferung, denn der Mann besäße die malaysische Staatsangehörigkeit, so der Innenminister. Auch Präsident Badawi geht davon aus, dass der Mann ausschließlich die malaysische Staatsangehörigkeit besitzt. Dennoch soll dessen Nationali-

tät genauestens geprüft werden, damit es nicht zu weiteren Streitigkeiten zwischen Malaysia und Thailand komme. Malaysias Regierung hat Thailand jedoch jetzt schon angeboten, kooperativ zu sein, falls sich herausstellen sollte, dass der Mann wirklich Malaysier ist.

vgl.: AFP 26.1., 27.1.2005

# nachrichten

## Verdächtiger entkommen

Ein Malaysier, der eine tragende Rolle bei diversen Terroranschlägen in Indonesien gehabt haben soll, ist laut des indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono kürzlich der Polizei nur knapp entkommen. Der frühere Professor Azahari Husin ist der am meisten gesuchte Terrorist in Indonesien. Es wird ihm vorgeworfen, bei den Bombenanschlägen von Bali, auf das Marriott-Hotel in Jakarta und der australischen Botschaft in Jakarta, bei denen insgesamt 224 Menschen zu Tode gekommen sind, maßgeblich beteiligt gewesen zu sein. Azahari Husin und sein Komplize Noordin Mohammed Top, der für den Bau der Bomben und die Rekrutierung der ausführenden Terroristen verantwortlich ist, sind der Polizei bereits Ende 2003 nur knapp entwischt.

Auf Anweisung des Präsidenten wurde die Jagd auf die beiden nun intensiviert. Yudhoyono hatte bei seinem Amtsantritt im Oktober 2004 versprochen, die beiden Terroristen innerhalb der ersten 100 Amtstage dingfest zu machen. Noordin Mohammed Top, Frau, Munfiatun, sitzt bereits in Haft, da sie ihrem Mann Unterschlupf gewährt und Informationen über die Anschläge zurückgehalten hatte. Die beiden heirateten aber erst im vergangenen Juli. Ein Antrag Munfiatuns auf Haftentlassung beziehungsweise Verlegung in eine andere Anstalt wurde jetzt abgelehnt. Ihr drohen wegen dieser und anderer Vergehen insgesamt bis zu 22 Jahre Haft.

vgl.: AFP 31.1., 14.2.2005

## Piraten

Die Anzahl von Seefahrern, die im Jahr 2004 von Piraten ermordet wurden, ist enorm gestiegen, obwohl bewaffnete Überfälle auf hoher See insgesamt weniger geworden sind, so ein internationaler Beobachter im jährlichen Bericht des in Malaysia ansässigen Piracy Reporting Centre of the International Maritime Bureau, der jetzt erschienen ist. Allerdings seien von den insgesamt 30 Toten nur vier in der Straße von Malacca, die Malaysia von Indonesien trennt, getötet worden, der Rest in Nigeria.

Seit Ende 2003 nahmen Angriffe und Entführungen in der Straße von Malacca und in der

Küstenregion von Aceh stetig zu. Es wird angenommen, dass diese von den Rebellen Acehs von einfachen Fischerbooten aus durchgeführt wurden. Jährlich durchfahren mehr als 50.000 Schiffe mit mehr als einem Drittel der Handelsgüter und der Hälfte des geförderten Öls weltweit durch diese gefährliche Passage. Allerdings haben seit des Tsunamis im Dezember keine Übergriffe mehr stattgefunden. Es wird angenommen, dass auch zahlreiche Piraten ums Leben gekommen sind beziehungsweise ihr Equipment wie Boote und Waffen zerstört wurden.

vgl.: AFP 6.2.05; The Star 7.2.05

## Arbeiter um Lohn geprellt

Zahlreiche malaysische Firmen, die illegale indonesische Arbeiter beschäftigt haben, schulden diesen noch den Lohn. Selbst die indonesische Regierung hat sich schon eingeschaltet und Anwälte engagiert. Diese sollen dafür sorgen, dass die ausstehenden Löhne bezahlt werden und die malaysischen Arbeitgeber bestraft werden. Weiterhin wird die malaysische Regierung beschuldigt, schlechte Einwanderungsgesetze zu haben. Malaysia hingegen macht auf das Paradoxon aufmerksam, dass

Menschen, die eigentlich nicht in Malaysia sein dürften, auch noch Forderungen stellen. Dennoch zeigt sich die malaysische Regierung kooperativ und ruft die betroffenen Firmen auf, aus humanitären und ethischen Gründen die ausstehenden Löhne zu zahlen. Außerdem sei das Warten auf die Löhne ein weiterer Grund für die illegalen Arbeiter, das Land nicht rechtzeitig bis zum ersten März 2005 zu verlassen.

vgl.: The Star 9.2., 11.2., 13.2.2005; AFP 10.2.2005

## Hilfe für islamische Staaten

Der malaysische Premierminister Abdullah Ahmad Badawi hat ein Programm zum Aufbau islamischer Staaten, die als unterentwickelt und arm gelten, vorgestellt. Die betroffenen Staaten seien schon ausfindig gemacht worden und sollen auch von der islamischen Entwicklungsbank unterstützt werden. Das Programm ist ein Versuch Malaysias, das den Vorsitz der Organisation of Islamic Conference (OIC) inne hat, seine eigenen Erfahrungen des Entwicklungsprozesses zu nutzen, um den anderen Mitgliedsstaaten zu helfen, ihre Situation zu verbessern.

Die Idee, die dahinter steckt ist die, dass in allen islamischen Staaten der Koran gelesen wird und es dennoch den Unterschied gibt, dass einige Staaten reich sind und andere eben nicht. Das läge laut Abdullah daran, dass die Regierungen unterschiedlich weise handeln. Würden alle Staaten so wie Malaysia handeln und deswegen das vorgeschlagene Programm anwenden, würden sie alle genauso wohlhabend werden. Malaysia gehört mit einem Bruttoinlandsprodukt von 4000 US\$ pro Kopf zu den wohlhabenden Staaten der muslimischen Welt.

vgl.: Xinhuanet 10.2.2005; The Star 10.2., 11.2.2005

## Mehr Sport

Der stellvertretende Premierminister Razak gab bekannt, dass Athleten, die bei den Olympischen Spielen eine Medaille errungen haben — egal in welcher Farbe — zukünftig lebenslang eine monatliche Pension dafür erhalten sollen. Dies soll als Anreiz dafür gelten, dass mehr Menschen ernsthaft Sport betreiben, denn Malaysia möchte, dass es bei einer solchen Veranstaltung besser präsentiert wird. Das Pensions-Modell lehnt sich an das koreanische System an. Dort erhalten Olympioniken monatlich zwischen 600 und 1000 US\$ pro errungener Gold-Medaille. Im Moment bekommen Malaysias Athleten eine einmalige Zahlung, dessen Höhe von der Farbe der Medaille abhängt. Laut Razak ist auch geplant, dass die Athleten versicherungsbeitragsfrei nach dem Vorbild Kubas sein sollen. Diskutiert wird derzeit allerdings, ob diese Vorteile auch den Athleten zugute kommen sollen, die bereits eine Medaille gewonnen haben oder ob nur zukünftige Gewinner profitieren können.

Beim malaysischen Sportbund traf das lang erwartete Pensions-Modell auf große Begeisterung.

vgl.: The Star 15.2.2005

## Frühwarnsystem

Malaysia will in den nördlichen Bundesstaaten Sabah und Sarawak ein Tsunami-Frühwarnsystem installieren, so der malaysische Minister für Wissenschaft, Technik und Innovation Dr. Jamaluddin Jarjis. Er erklärte, dass das System bis Ende 2005 installiert sein solle und es so möglich sein solle, die Bevölkerung mindestens eine Stunde vorher über einen aufkommenden Tsunami zu informieren. Brunei habe bereits angefragt, ob es sich anschließen könne und auch Singapur habe Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert. Derzeit prüfe die Behörde auch, welches Medium am besten zur Informationsverbreitung im Ernstfall genutzt werden könne.

vgl.: The Star 7.2.2005